

## **Antrag an den Studierendenrat**

Einreicher: Aljoscha Hartmann

### **Antragstext:**

Der StuRa möge beschließen den Aufruf zur Kampagne „Lernfabriken ...meutern!“ zu unterstützen.

### **Begründung:**

Das Bundesweite Bündnis „Lernfabriken ...meutern!“ versucht zentrale Forderungen für eine selbstbestimmte Bildung die Offen für alle in der Gesellschaft ist in die Öffentlichkeit zu tragen. Dazu vernetzt es auf Bundesebene verschiedene Gruppen und ruft zu Aktionen, Demonstrationen, etc. auf (bspw. Die Aktionstage in Hannover die gerade waren).

Die Zentralen Forderungen sind:

- Die Ausfinanzierung der Hochschulen für gute Lehre und Forschung und die damit verbundene Beendigung der Abhängigkeit von Wissenschaft von Profitinteressen
- Die Öffnung der Hochschulen durch die Abschaffung aller Bildungsgebühren
- Die Demokratisierung der Hochschulen durch die paritätische Mitbestimmung aller Statusgruppen und eine demokratisch und nicht unternehmerisch geprägte Entscheidungsstruktur
- Würdevolle Arbeitsbedingungen für Lehrende und Mitarbeitende
- Die Gewährleistung einer allgemeinwohlorientierten Wissenschaft durch die gesetzliche Verankerung einer Zivil- und Transparenzklausel

Der fzs, die Grüne Jugend und viele Hochschulen wie auch kleinere Gruppen unterstützen das Bündnis bereits. Die Forderungen des Bündnis decken sich im wesentlichen mit bisherigen Beschlüssen des StuRa bzw. greifen unerfüllte Forderungen des Bildungsstreiks 2009 auf. Desweiteren bieten die Inhalte des Bündnis einen Rahmen in den unsere aktuelle Position zur Lehramtsreform sowie zur Anwesenheitspflicht und zur Attestpflicht (mit Angabe von Symptomen) gut eingebettet und kontextualisiert werden können.

Eine Unterstützung des Aufrufs würde die konkrete Mitarbeit im Bündnis für Vertreter\*innen des StuRa Freiburg ermöglichen.

1) Text des Aufrufs:



# **Lernfabriken ...meutern!**

Die unternehmerische Hochschule ist gescheitert! Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass das unternehmerische Prinzip der gesellschaftlichen

Verantwortung von Bildung und Wissenschaft, der Schaffung von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Frieden nicht gerecht wird. Die Rücknahme der Studiengebühren in ganz Deutschland war ein erstes Zeichen dafür, dass die Vorstellung von Hochschulen als Unternehmen und Bildung als Ware nicht mehr zu rechtfertigen ist. Nun stehen gegen die Abhängigkeit der Wissenschaft von unter anderem privatwirtschaftlichen Interessen und die hierarchischen Entscheidungsstrukturen die bundesweite Demokratisierung der Bildungsinstitutionen sowie die Neuausrichtung der Wissenschaft für das Allgemeinwohl.

Bundesweit werden immer mehr Bestrebungen deutlich, Hochschulgesetze entgegen dem neoliberalen Dogma zu novellieren, die Zivilklausel-Bewegung gewinnt immer mehr an Zulauf und das G8-Gymnasium befindet sich auf dem Rückzug. Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass ein anderes Bildungssystem möglich ist. Nun ist es unsere Aufgabe, in Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Akteur\_innen, für ein demokratisches, emanzipatorisches und erkenntnisorientiertes Bildungssystem zu kämpfen. Leistungsdruck, undemokratische Strukturen sowie Unterfinanzierung müssen der Vergangenheit angehören. Mit folgenden Forderungen wollen wir die Landesregierungen daher an ihre Verantwortung erinnern:

- Die Ausfinanzierung der Hochschulen für gute Lehre und Forschung und die damit verbundene Beendigung der Abhängigkeit von Wissenschaft von Profitinteressen
- Die Öffnung der Hochschulen durch die Abschaffung aller Bildungsgebühren
- Die Demokratisierung der Hochschulen durch die paritätische Mitbestimmung aller Statusgruppen und eine demokratisch und nicht unternehmerisch geprägte Entscheidungsstruktur
- Würdevolle Arbeitsbedingungen für Lehrende und Mitarbeitende
- Die Gewährleistung einer allgemeinwohlorientierten Wissenschaft durch die gesetzliche Verankerung einer Zivil- und Transparenzklausel

Es muss um's Ganze gehen! Das Bildungssystem ist Teil dieser Gesellschaft! Die Ausrichtung der Wissenschaft, die Gestaltung von Studium und Lehre und die Bedingungen, unter denen gelernt und gearbeitet wird, dürfen nicht von einer Statusgruppe gegen die anderen durchgedrückt werden. Ebenso wenig darf der Zugang zur Hochschule ein Privileg sozial Begünstigter bleiben. Vor allem Menschen aus prekären Verhältnissen oder mit sogenanntem "Migrationshintergrund" werden hier strukturell benachteiligt. Gerade in Bildungsinstitutionen muss eine Kultur der Demokratie und der Nachhaltigkeit gelebt werden.

Ob Schüler\*innen, Auszubildende, Student\*innen oder wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen, wir alle sind dem gleichen Problem ausgesetzt: dem Bildungssystem. Aus diesem Grund sind wir nicht auf unseren eigenen Vorteil innerhalb dieses Systems aus, sondern fordern ein solidarisches Bildungssystem für alle Menschen! Eine umfassende Demokratisierung der Hochschulen und des gesamten Bildungssystems geht daher mit einer ebenso entschlossenen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse einher.

Wir sind alle ein bedeutender Teil dieser Auseinandersetzung und haben es in der Hand, zusammen mit Gewerkschaften, Lehrenden und Forschenden, die Alternative zur derzeitigen Bildungspolitik zu realisieren. Aus diesem Grund haben wir uns bundesweit in einem Bündnis zusammengeschlossen und wollen gemeinsam durch unsere Kampagne dafür sorgen, dass die unternehmerische Hochschule auf der Mülldeponie der Geschichte landet!

### **Anstehende Termine:**

*Bundesweites Bündnistreffen am 9./10. Mai 2015 in Hannover*

*Auftaktdemo am 20. Mai 2015 in Hannover*

*Dezentrale bundesweite Aktionen/Demos 17. Juni 2015*